

## **Konzept zur Förderung der praxisintegrierten vergüteten Ausbildung (PivA) im Rahmen eines Paktes für die Kita**

Das folgende Konzept zur Förderung der Attraktivität der praxisintegrierten vergüteten Ausbildung (PivA) wurde basierend auf dem Kreistagsbeschluss vom 1. November 2022 (DS XI/612 „Pakt für die Kita“) im Austausch mit Trägern der Kitas und der Leitung der beruflichen Schulen erarbeitet.

Vorausschickend muss darauf hingewiesen werden, dass die Trägerschaft für die Kitas bei den Städten und Gemeinden oder in deren Auftrag bei freien Trägern und nicht beim Rheingau-Taunus-Kreis liegt, weshalb einige Punkte des o.g. Kreistagsbeschlusses einen Eingriff in die Autonomie dieser Träger darstellen würden und deshalb nicht Teil des Konzeptes sein können. (Punkte 1b und 4)

Das Konzept umfasst folgende vier Punkte:

1. Flexibilisierung des Standortes der PivA: Je nach Aufkommen der Schülerinnen und Schüler kann eine Klasse an den Beruflichen Schulen Rheingau (BSR) oder an den Beruflichen Schulen Untertaunus (BSU) oder in einer hybriden Lösung eröffnet werden. Zur Anfrage der Eröffnung eines zweiten Standortes für die PivA signalisierte das Hessische Kultusministerium gegenüber der Schulleitung der BSU eine ablehnende Haltung.
2. Für den Fall, dass ein Antrag eines kommunalen oder freien Trägers auf Förderung der PivA seitens des Landes abgelehnt wird, legt der Rheingau-Taunus-Kreis ein Förderprogramm auf, mit dessen Hilfe er anstelle des Landes in die Förderung der PivA eintritt. Pro Platz und Jahr beträgt die Förderung derzeit im Mittel 12.480 Euro. Im Höchstfall entstünden bei der Förderung einer kompletten Klasse Aufwendungen in Höhe von 312.000 Euro jährlich.
3. Der Rheingau-Taunus-Kreis richtet eine Lotsenstelle ein, die durch Kontakte zu Schulen, Kommunen, Trägern, JobCenter etc. die Einsteuerung in die PivA koordinieren und die Träger und die Teilnehmenden bei der Antragstellung unterstützen kann. Im weiteren Verlauf der PivA sollen die Teilnehmenden durch Angebote der Lotsenstelle vernetzt, begleitet und unterstützt, sowie die Praxisanleitung koordiniert werden. Die Personalkosten für die Lotsenstelle werden vorläufig mit 70.000 Euro pro Jahr veranschlagt.
4. Die Attraktivität der PivA wird durch ein zusätzliches Förderprogramm des Rheingau-Taunus-Kreises erhöht, welches es den Trägern der Kitas ermöglicht, den Teilnehmenden an der PivA Vergünstigungen zukommen zu lassen, beispielsweise in Form einer höheren Vergütung oder einem kostenlosen Job-Ticket. Die Aufwendungen hierfür sind derzeit aber nicht bezifferbar.



**Auszug aus der Niederschrift  
über die Sitzung Nr. 10 des Kreistages  
des Rheingau-Taunus-Kreises  
am Dienstag, den 01.11.2022  
in Bad Schwalbach**

**TOP III.28 DS XI/612 "Pakt für die Kita"; hier: Antrag Nr. 59/22 der Bündnis 90/Die Grünen vom 03. Oktober 2022, eingegangen am 05. Oktober 2022**

Von den JSG-Beratungen berichtete die Abg. Penk (SPD).

Seitens der Fraktionen von CDU und GRÜNEN liegt zwischenzeitlich ein gemeinsamer Antrag (**Anlage 6 der Niederschrift**) vor, der den ursprünglichen Antrag (GRÜNE) und den konkurrierenden Hauptantrag der CDU-Fraktion ersetzt.

An der Aussprache beteiligen sich die Abg. Lawetzky (GRÜNE), Dr. Grobe (AFD), Reimann (CDU), Müller, St. (FDP), Bremser (FW) und Pörtner (LINKE), der darum bittet in Punkt 1 b die Worte „der Kommunen“ durch „in den Kommunen“ zu ersetzen und der Abg. Weiß (SPD). Der Änderungswunsch des Abg. Pörtner (LINKE) wird durch die antragstellenden Fraktionen übernommen.

KTV Stolz lässt sodann über den gemeinsamen Antrag von CDU und GRÜNEN mit den von den Antragstellern übernommenen Änderungen abstimmen. Dieser wird bei

NEIN-Stimmen aus der AFD-Fraktion und  
Enthaltungen aus der FW-Fraktion und  
JA-Stimmen vom Rest des Hauses  
mehrheitlich

**beschlossen.**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich beschlossen**

**Beschluss:**

1. Im Rahmen der Kitaplanung wird der Kreisausschuss beauftragt, gemeinsam mit den Trägern der Kindertagesstätten ein Konzept für den Ausbau und die Verstetigung der praxisintegrierten Vergütung in der Erzieherausbildung (PivA) im Rheingau-Taunus-Kreis zu erarbeiten. Dieses Konzept soll beinhalten,

- a. wie langfristig eine faire Bezahlung im Rahmen der Ausbildung finanziert und organisiert werden kann;
- b. wie darüber eine Bindungs- und Einstellungsgarantie geregelt werden können, die sicherstellt, dass die Kindertagesstätten in den Kommunen ausreichend mit neuem Personal versorgt sind;
- c. wie dadurch die Attraktivität der Ausbildung und in den Kita-Standorten im Rheingau-Taunus-Kreis erhöht werden kann;
- d. wie eine Kooperation bei dem Projekt mit der Stadt Wiesbaden aussehen kann, die im Rahmen von „Wiesbaden Rzieht“ die PivA eingeführt hat.



2. Das Konzept soll dem Kreistag bis zur Sitzung am 16.05.2023 vorgelegt werden und folgende Ziele berücksichtigen:

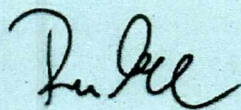
- a. Das Angebot an Fachschulplätzen für die praxisintegrierte vergütete Ausbildung (PivA) im Rheingau-Taunus-Kreis soll deutlich erhöht werden. Hierbei soll auch die Einrichtung eines Fachschulangebots für sozialpädagogische Berufe im Kreisteil Untertaunus / Idsteiner Land angestrebt werden, um gut erreichbare schulische Angebote für Auszubildende in der PivA in allen Kreisteilen sicherstellen zu können.
- b. Eine Kooperation mit benachbarten Landkreisen und der Landeshauptstadt Wiesbaden soll geschlossen werden, damit Auszubildende in der PivA, die an Kinderbetreuungseinrichtungen im Rheingau-Taunus-Kreis ihre Ausbildung absolvieren, auch in dortigen Fachschulen Plätze belegen können.

3. Der Kreisausschuss wird beauftragt, sich beim Hessischen Sozialministerium dafür einzusetzen, dass fachschulische Angebote zur PivA flächendeckend und regelmäßig in ausreichendem Maße für interessierte Nachwuchskräfte zur Verfügung stehen.

4. Außerdem strebt der Rheingau-Taunus-Kreis einen Pakt für die Betreuung mit den Trägern der Kindertageseinrichtungen an, um einen kontinuierlichen Soll-Ist-Vergleich bei der Abdeckung für ganztägige Betreuung sicherzustellen und Betreuungslücken frühzeitig zu identifizieren. Dafür nimmt der Kreis eine Koordinierungsrolle zwischen den Trägern ein. Der Soll-Ist-Abgleich soll sicherstellen, dass bei der Aufnahme in die Betreuung eine gleichrangige Berücksichtigung aller Personenkreise stattfindet.

Hiermit wird amtlich beglaubigt,  
dass die vorstehende Ablichtung  
mit der vorgelegten Urschrift der o.a.  
Sitzungsniederschrift übereinstimmt.

65307 Bad Schwalbach, den 10.11.2022



(Rubel)

1. Fachdienst: ~~FBL II~~

2. Fachdienst:

FOL II.5  
+ II. JHP BITTE  
RÜCKSPRACHE  
TGRÜN

(Siegel)

SAMM